

GRÜNE Etatrede 2023

(Melanie Vogel)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

geschätzte KollegInnen,

liebe ZuhörerInnen!

Im letzten Jahr begann ich unsere Rede sinnhaft mit den Worten, dass ein ungewöhnliches Jahr hinter uns allen liegt und es die Verwaltung nicht immer leicht hatte. Auch in diesem Jahr wäre der Beginn passend. Zusätzlich zu den Nachwirkungen der Coronapandemie erschütterte uns alle Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Natürlich vor allem emotional, aber auch finanzpolitisch und organisatorisch haben beide Ereignisse für unsere Stadt unmittelbare Auswirkungen.

Wir als Stadt sind dennoch in vielen Belangen gut aufgestellt!

Es gilt die Zeichen der Zeit zu erkennen, um weiterhin für stabile Verhältnisse zu sorgen, in allen Bereichen, in der Wirtschaft, im sozialen Bereich, in unseren Vereinen, kurzum in der gesamten Stadt.

Denn es werden weiterhin immer wieder neue Herausforderungen auf uns zukommen, auf die wir als Politik reagieren müssen oder im besten Falle gut vorbereitet sind.

Hier heißt es optimistisch, zukunftsorientiert, aber auch verantwortlich zu handeln. Und da stellt sich für mich die Frage:

Wie kann man die kommenden Herausforderungen am besten meistern? Ich bin davon überzeugt, dass dies nur gemeinsam geht, mit der Verwaltung, den politischen Vertretern und den BürgerInnen unserer schönen Stadt.

Der Bürgermeister hat eine neue Marketingstrategie ins Leben gerufen. Ein übergroßes WIR, das wohl symbolisieren soll, dass ihm dieser Gemeinschaftsgedanke sehr am Herzen liegt.

Wir als Grüne fragen uns manchmal, wer ist denn eigentlich mit WIR gemeint? Sind damit auch die anderen Fraktionen und diejenigen miteinbezogen, die ihn und seine Partei nicht gewählt haben?

In seiner Haushaltsrede spricht der Bürgermeister davon, dass die Botschaft des Haushaltsplanentwurfs 2023 lautet: "Gemeinsam stark durch die Krise"

Wohlklingende Worte. Aber, leben wir diese Kultur im Lüdinghauser Rat?

Wenn wir uns das Handeln des Bürgermeisters anschauen, sehen wir eben nicht, dass das oberste Ziel ist alle mitzunehmen und sich auf andere einzulassen. Im Gegenteil, alle Vorhaben werden zur Chefsache erklärt. Nur er möchte das Zepter in der Hand halten und damit die Richtung bestimmen

Vorschläge und Anregungen von der Grünen Fraktion und auch anderer Fraktionen werden mit einer Handbewegung oft vom Tisch gewischt. Nur zu gern erwähnt der Bürgermeister in diesen Situationen dann, dass er diesen Gedanken bereits vor allen anderen hatte, er würde ja schließlich nicht mit dem Kopf auf der Heizung schlafen und das alles wäre ihm eine Herzensangelegenheit.



Aber gerade bei kommunaler Politik sollte es doch vornehmlich darum gehen, Dinge aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten. Manchmal ist der Blickwinkel des vermeintlich politischen Gegners dabei genau der richtige, um den eigenen Horizont zu erweitern.

Leider vermissen wir in den Sitzungen auch bei der Mehrheitsfraktion oft das offene Ohr für die Ideen von anderen.

Wenn uns in den Ausschüssen zumindest zugehört worden wäre, bevor Anträge von uns quasi pauschal abgelehnt werden, dann wäre uns allen manche Peinlichkeit erspart geblieben (etwa die Anregung von Herrn Möllmann, den Radverkehr in der Blaufärbergasse in beide Richtungen zu ermöglichen. Genau dieser Antrag der Grünen war kurz davor mit CDU-Mehrheit abgelehnt worden).

Wir sind mitunter auch verwundert, wie die Verwaltung mit dem Bauhof-Gutachten und dessen konkreter Umsetzung umgeht und wie wenig an diesen wichtigen Stellen die Politik miteinbezogen wird. So sollte im Zuge des Gutachtens ein Konzept erstellt werden. Bislang nach über 8 Monaten ist die Politik in keine Überlegungen oder Planungen miteinbezogen worden und uns wurde auch keine Zukunftskonzeption vorgestellt, wie der städtische Bauhof und damit die Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren gestaltet werden sollen. Auch gab es keine Transparenz hinsichtlich des Fortschritts in dieser Angelegenheit. Wir meinen: die wichtigen Aufgaben des Baubetriebshofes und die Sicherung der Arbeitsplätze sollten von Verwaltung und Politik gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Das ist bisher nicht geschehen. Wir Grünen fordern dies ein. Wenn man sich aber als Bürgermeister lieber um Fotomotive für Lüdinghausen LOVE kümmert, bleibt für weniger wichtige Themen wie den Bauhof natürlich wenig Zeit.

Wir Grünen haben festgestellt, dass zum Beispiel mit dem Mobilitäts- und Klimaschutzkonzept zwar zukunftsweisende Themen in Lüdinghausen bearbeitet werden sollen, aber im Hintergrund solcher wohlklingender Konzepte hat die politische Mehrheit dafür gesorgt, dass alle ambitioniert klingenden Ziele verwässert wurden. Da muss man sich die Frage stellen, ob diese Konzepte ihre Titel noch verdienen.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass Konzepte die Grundlage sind, um eine echte Kehrtwende in der bisherigen Klimapolitik und Mobilitätspolitik zu bewirken. Aber ein Konzept bleibt halt erstmal nur ein Konzept, das mit Leben und Verbindlichkeiten gefüllt werden muss, an dem man sich abarbeitet und das sich natürlich an äußere Veränderungen anpassen muss.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder erkennen müssen, dass es sich die CDU und die Verwaltung hinter solchen Konzepten gemütlich gemacht hat. Sich damit zu brüsten, Photovoltaik auf städtische Gebäude und auch auf die Gebäude privater Haushalte zu bringen, was wir Grünen bereits vor vielen Jahren mehrfach beantragt hatten, reicht für eine ambitionierte Politik einfach nicht mehr aus.

Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes desillusioniert. Wo ist die versprochene Gesprächsbereitschaft, wo der Wille zum Kompromiss?

Hier verdeutlich ein Stromberg Zitat die widersinnige Situation:

"kann-nicht wohnt ja nun meistens in der will-nicht Straße."



Ich muss an dieser Stelle leider an meine Worte des letzten Jahres erinnern.

Wir alle sind Ehrenämtler, die grundsätzlich das gleiche Ziel haben - das unterstelle ich im besten Sinne jeder einzelnen Person in diesem Raum: Das Wohl unserer Stadt und unserer BürgerInnen. Wir alle zusammen bilden ein Spiegelbild unserer Bürgerschaft ab. Wir alle wurden als Vertreter der Bürgerschaft gewählt. Wir alle haben eine Berechtigung hier zu sitzen, sind das Sprachrohr der WählerInnen.

Da scheinen doch Worte wie die des Bürgermeisters in der Sitzung des letzten Haupt- und Finanzausschusses fast schon ironisch: "Es gab ausreichend Zeit zum Diskutieren. Weitere Erläuterungen sind überflüssig."

Es geht uns hier um einen respektvollen Umgang miteinander und wenn Anträge grundsätzlich abgelehnt werden, wenn sie von bestimmten Fraktionen kommen, dann krankt das System.

An Überheblichkeit ist es manchmal kaum zu übertreffen, wie die Argumentationen und das Selbstverständnis von CDU und des Bürgermeisters sind. Keiner ist umweltfreundlicher, keiner ist sozialer, keiner wirtschaftlich pfiffiger, keiner besser informiert und natürlich ist keiner näher an den BürgerInnen dran.

Was es bedeutet, wenn man nur in seiner eigenen Blase unterwegs ist, hat im letzten Jahr, die von den BürgerInnen geführte Diskussion um die Bäume und den geplanten Wohnmobilparkplatz an der Pferdewiese gezeigt:

Alle Sachargumente, die die BürgerInnen angeführt haben, wurden von uns und der SPD in den Beratungen bereits angeführt, aber von der Mehrheitsfraktion wie erwähnt vom Tisch gefegt.

Es bedurfte erst der Unterschriften von fast eintausend Menschen, um die CDU und den Bürgermeister zum Einlenken zu bewegen.

Was können die BürgerInnen von Lüdinghausen daraus lernen? Für den Bürgermeister und die CDU-Fraktion zählen Sachargumente offenbar immer nur dann, wenn Sie zu ihrer eigenen vorgefassten Meinung passen.

Da fallen gerne Sätze wie: "WIR sind gut aufgestellt." "Wir sind da bereits auf dem Weg." Unsere Anregungen werden da offenkundig nicht mehr benötigt.

Aber Bedürfnisse und differenzierte Meinungen mit einer Handbewegung einfach zur Seite zu wischen und die alleinige Handlungshoheit vor sich herzutragen, dient eben keiner gesunden Streitkultur.

Aber wenden wir uns jetzt den Sachthemen zu.

In Lüdinghausen haben sich die Mieten allein im Jahr 2021 um 9,9 % erhöht - und sind damit noch stärker gestiegen als in Münster und sogar in ganz Deutschland.

Das mangelnde Angebot an Wohnraum beeinträchtigt mittlerweile auch unsere wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Unternehmen und sozialen Einrichtungen wie zum Beispiel das Krankenhaus suchen händeringend für Ihre Mitarbeiter nach bezahlbaren Wohnungen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Eine Ursache für diesen dramatischen Wohnraummangel ist die jahrzehntelange Bevorzugung von Einfamilienhäusern durch die Mehrheitsfraktion. Um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen haben wir gemeinsam mit der SPD angeregt mit einer kommunalen



Wohnungsbaugesellschaft mehr an Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen. In gewohnter Manier haben FDP und CDU dieses Ansinnen abgelehnt. Wer hier immer noch an die Selbstregulierung des Wohnungsmarktes glaubt, der hat die Sorgen und Nöte der Wohnungssuchenden nicht auf dem Schirm.

Denken Sie daran: Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein Menschenrecht.

Die Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wäre ein erster Schritt gewesen, das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Aber auch da lautet das Kredo wieder: "Es wird schon alles gut gemacht", Veränderungen sind unerwünscht und aus Sicht der Mehrheitsfraktion hat nur diese selbst den Blick für den richtigen Weg.

Aber ein Veränderungsprozess muss JETZT angestoßen werden, das wurde in den letzten Jahrzehnten verpasst. Nun müssen wir mit den Folgen einer verfehlten Wohnungspolitik leben. Kurzfristig gibt es keine befriedigenden Lösungen.

Im Übrigen wird das Problem eben nicht dadurch gelöst, großzügige Ausweisungen neuer Baugebiete zu fordern, damit hauptsächlich mehr Einfamilienhäuser entstehen. Diese Parzellen sind oft so üppig zugeschnitten, das auf diesen auch Mehrfamilien- oder zumindest Doppelhaushälften hätten entstehen können. Fläche wird immer mehr zum kostbaren Gut, wir müssen damit sorgfältig umgehen.

(Eckart Grundmann)

Wie sieht es bei den **kommunalen Finanzen** aus?

Ja, die wirtschaftlichen Rahmendaten sind erschreckend und verheißen für die nächsten Jahre wirklich nicht Gutes. Weltweit wurden zur Krisenabwehr die Märkte mit staatlichem Geld aufgeschwemmt, die aktuell hohe Inflationsrate ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen. Der verheerende Angriffskrieg Putins in der Ukraine wird uns zudem weitere erhebliche Lasten aufbürden. Das alles muss natürlich auch seinen Niederschlag im städtischen Haushalt finden.

Trotzdem ist das Bild von der "armen Stadt Lüdinghausen", das insbesondere die CDU gern zeichnet, völlig realitätsfern. Von den letzten 10 Haushaltsjahren haben sage und schreibe 9 einen positiven Jahresabschluss stets im Millionenbereich vorzuweisen. Lediglich der Abschluss für 2022 wird diese Positiv-Serie wohl unterbrechen. Genaue Zahlen zur Höhe des Defizits konnte uns Herr Heitkamp in der jüngsten HFA-Sitzung allerdings noch nicht nennen. Fest steht nur, dass der Jahresabschluss – wie praktisch immer – besser ausfällt als geplant. Da beschleicht uns schon der Verdacht, dass dies nur geschieht, um nicht genehme Vorschläge aus dem politischen Raum mit dem Argument der fehlenden Finanzierbarkeit zurückweisen zu können.

Der CDU-Antrag auf Einstellen eines Sperrvermerkes für einen Teilbetrag der Sachund Dienstleistungen in Höhe von rund 600.000 EUR – auf den die FDP dann "noch einen draufsetzen" durfte – ist an Kuriosität wie Absurdität kaum zu überbieten. Zu Recht forderte Kämmerer Armin Heitkamp die Antragstellerin auf, doch dann bitteschön auch zu sagen, welche politischen Maßnahmen gewollt seien, und welche eben nicht. Unser Bürgermeister blieb ob dieser offenkundigen Misstrauensbekundung gegenüber der Verwaltung stumm wie ein Fisch, auch mal eine schöne neue



Erfahrung. Was wäre wohl passiert, wenn dieser Antrag von einer Fraktion eingebracht worden wäre, deren politische Farbe nicht der des Bürgermeisters entsprochen hätte?

Und die CDU muss sich hier schon die Frage gefallen lassen, welche Strategie sie mit ihrer Schwarzmalerei eigentlich verfolgt? Oder unterliegt sie schlichtweg einem fundamentalen Realitätsverlust?

Unsere Fraktion sieht daher auch nicht, dass Lüdinghausen aktuell ein finanzielles Jammertal durchschreitet, wie es uns die CDU glauben machen will. Wir sind vielmehr überzeugt, dass auch weiterhin wichtige Investitionsvorhaben von der Stadt für die Bürgerschaft gestemmt werden können und müssen.

Zu diesen Vorhaben zählt jetzt an vorderster Stelle ein funktionierendes wie funktionales **Hallenbad**, das

- den Schul- und Vereinssport sicherstellt,
- Menschen ermöglicht, schwimmen zu lernen und
- einer älter werdenden Gesellschaft die Möglichkeit für adäquate Rehabilitations-Angebote eröffnet.

Ein solches Neubau-Projekt ist kein Luxus, sondern gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge – Ausrufezeichen!!!

Nachdem der juristische Streit über die mangelhafte Sanierung des Bades zu Gunsten unserer Stadt entschieden worden ist und in Kenntnis der Tatsache, dass wir in diesem Jahr eine Entscheidung über eine Bauvariante zu treffen haben, müssen wir als Rat jetzt klare Signale senden. Und die heißen: Der Badbetrieb wird unterbrechungsfrei sichergestellt. Deshalb wird die voraussichtlich erforderliche Investitionssumme transparent im Haushalt abgebildet – zunächst durch eine "Sonderrücklage Hallenbad". Unsere Fraktion hält es für angemessen, hierfür 15 Mil. EUR vorzusehen. Logisch, dass als nächster Schritt das Investitionsvorhaben Niederschlag in der mittelfristigen Finanzplanung finden muss. Darüber wird bei den Etatberatungen 2024 zu befinden sein. Und wir dürfen uns auch schon einmal Gedanken zur Folgenutzung des alten Bades machen. Denn ein Abriss des Bestandsgebäudes scheint uns nach derzeitigem Kenntnisstand weder zwingend noch sinnvoll.

Die <u>Burg Wolfsberg</u> wartet noch immer darauf, aus dem Dornröschenschlaf geweckt zu werden. Leider wurden Initiativen bzw. Anträge unserer Fraktion zur Durchführung eines Ideenwettbewerbs für die Folgenutzung der Burg oder zur Erstellung eines Berichtes über den Zustand der Bausubstanz im Februar und April des Jahres 2021 abgelehnt. Umso erstaunter waren wir, dass unsere Verwaltung dann trotzdem eineinhalb Jahre später den Architekten Christoph Ellermann zu eben diesen Themen im Fachausschuss vortragen ließ. Hier wird, wie eingangs der Rede bereits erwähnt, das Schema deutlich, wie die CDU-Mehrheit im Zusammenspiel mit der Verwaltungsspitze Initiativen aus der Opposition gerne umgeht: Schnell vom Tisch fegen, um sie dann nach Verstreichen einer Schamfrist als eigene Idee zu verkaufen.



Aber uns geht es um die Sache. Da ist zunächst einmal der substanzielle Erhalt, für den ausreichende Mittel vorzusehen sind. Unsere Fraktion ist weiterhin nicht überzeugt, dass hier wirklich genug getan wird. Und dann die künftige Zweckbestimmung in Verbindung mit der Aufwertung und Weiterentwicklung des gesamten Umfeldes. Wir können uns hier viele Nutzungen vorstellen, zentraler Punkt ist, dass die Bürgerschaft bei diesem für Lüdinghausen identitätsstiftenden Projekt einbezogen wird und das Gebäude für die Öffentlichkeit erlebbar wird. Dafür werden wir uns unverändert einsetzen. Denn diese Burg ist Teil des Markenkerns von Lüdinghausen, Stadt der Wasserburgen.

Auch beim <u>Klimaschutz</u> geht es um die Sache und daher haben wir es wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass unser Bürgermeister jetzt auf einmal Klimaneutralität bis 2033 erreichen will. Erinnern wir uns: Noch bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes in 2020 wollte er über konkrete Reduktionsziele nicht einmal reden. Selbst die seinerzeit zugesagte Bilanz, dass nämlich erstmals im Jahr 2022 festgestellt wird, wie groß die bislang erzielten Einsparungen ausfallen, lässt auf sich warten. Ich erinnere Herrn Bürgermeister Mertens in diesem Zusammenhang an den Punkt 5 des mühsam ausgehandelten Kompromisses bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes im Rat am 17.12.2020, der die Erstellung dieser Bilanz explizit zum Gegenstand hatte.

Wir sind es leid, zugesagten Informationen ständig hinterherlaufen zu müssen. So funktioniert eine professionelle und konstruktive Zusammenarbeit nicht.

Entlarvend ist, dass bei den Beratungen die meisten unserer etatwirksamen Klima-Initiativen mit der Begründung abgeschmettert wurden, dass die Kosten für die Maßnahmen doch bereits im Etatentwurf berücksichtigt seien, auch wenn sie nicht konkret benannt werden.

Aber genau darum geht es ja: durch konkrete Vorhaben entsteht Verbindlichkeit. Mit der Ablehnung wird deutlich, dass man sich nicht an konkreten Maßnahmen messen lassen will.

- Mittel für die kommunale Wärmeplanung überflüssig!
- Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes, um die jetzt für 2033 angestrebte Klimaneutralität zu erreichen überflüssig!
- Aufstockung der Mittel für den Klimaschutzmanager überflüssig!

Doch in Sachen Klimaschutz kann unser Bürgermeister noch ganz andere Verhaltensregister ziehen. Geld zur Verbesserung des Stadtklimas sei nicht erforderlich, behauptet er. Er wisse auch gar nicht, was damit gemeint sein könne. Hand aufs Herz, spricht so jemand, der eigenen Angaben zufolge nicht mit dem Kopf auf der Heizung schläft?

Auch wenn es um Beschlüsse geht, die nicht sofort Ausgaben nach sich ziehen, ist die klimapolitische Frostigkeit im politischen Raum frappierend. Windkraft soll – oder ist es korrekter zu sagen darf – in Lüdinghausen beim Klimaschutz keine Rolle spielen. Wie anders lässt sich erklären, dass unser Antrag auf Aufnahme dieses Themas in den Maßnahmen- und Investitionsplan abgelehnt wurde?



Stellen wir also fest: Es fehlt nach wie vor eine klare Priorisierung "pro Klimaschutz" und insbesondere der politische Wille der Ratsmehrheit, Dinge zum Besseren zu verändern.

Der Bürgermeister hat eine verzerrte Wahrnehmung von sich selbst und sieht sich an der Spitze der lokalen Klimabewegung, quasi ein "Klima-Kleber". Dabei ist er doch eher jemand, der den schönen Schein pflegt und sich damit begnügt, Ideen und Aktivitäten anderer mit seinem Etikett oder Aufkleber zu versehen. Damit gehört er jedoch mehr zur Spezies der Klima-Aufkleber.

Wie wenig der Wille zu einer substanziellen Änderung auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel der <u>Mobilität</u> besteht, wird schnell anhand zweier Punkte deutlich, die wir im Zuge der Diskussion des Investitions- und Maßnahmenplanes zur Abstimmung gestellt haben:

- Pkw-Parkmöglichkeiten für die Innenstadt
- Planung und Bau der "Ost-Tangente" Lüdinghausen

Klimagerechte Mobilität heißt: Wir müssen den Pkw-Verkehr reduzieren, da er teuer ist, viel Energie benötigt und auch viel Platz. Diese Ressourcen brauchen wir nämlich für andere Zwecke oder müssen sie einsparen. Deshalb werden wir langfristig den Platz für Pkw-Stellplätze reduzieren müssen und wir haben auch keine Finanzmittel mehr, um weiter Straßen für den Pkw und Lkw dazu zu bauen. Folglich haben derartige Maßnahmen in einer zukunftsorientierten Maßnahmenplanung keinen Platz!

Ich fasse zusammen:

Der Bürgermeister hat ganz offenkundig kein Interesse daran, für breite Mehrheiten im Rat zu streiten. Stattdessen gefällt er sich damit, sich mehr oder weniger öffentlichkeitswirksam als Macher zu inszenieren. Das "WIR" von dem er so gerne spricht, entpuppt sich im politischen Tagesgeschäft als bloße Maskerade. (KUNSTPAUSE!) Schade.

In Lüdinghausen fehlt bezahlbarer Wohnraum. Private Investoren allein werden das Problem nicht lösen. Die Stadt ist jetzt gefragt, als zusätzlicher Akteur mit einer kommunalen Gesellschaft auf den Plan zu treten. Es ist so unverständlich wie empörend, dass die Ratsmehrheit die fraktionsübergreifende Initiative von SPD und GRÜNEN abmeiert.

Beim Klimaschutz, der zentralen Zukunftsaufgabe, ist leider wenig Substanzielles zu erkennen. Die Absichtserklärung unseres Bürgermeisters, bis 2033 klimaneutral sein zu wollen, hören wir wohl. Allein uns fehlt der Glaube, dass mit der Ressourcenausstattung dieses Ziel zu erreichen ist. Es fehlt an Managementstrukturen, die es ermöglichen, den Prozess gezielt zu steuern. Wir befinden uns gewissermaßen im klimapolitischen Blindflug!

Die Änderungsvorschläge der Mehrheitsfraktion verlieren sich im klein-klein, die Einrichtung eines Sperrvermerkes auf einen nennenswerten Teil der Sach- und Dienstleistungskosten lässt Konzeptions- und Ratlosigkeit erkennen, wie mit den Herausforderungen dieser Zeit umzugehen ist.



Wir sehen nicht, dass dieser Haushalt für die großen Zukunftsaufgaben gewappnet ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt die vorgelegte Haushaltssatzung und das Produktbuch 2023 daher ab.

- Es gilt das gesprochene Wort -